

RUSSLAND

# Putins Platzhalter

Ute Weinmann

**Für den Fall seiner Wahl verspricht er demokratische Reformen: Nicht nur weil die erst noch ausstehen, muss Dmitrij Medwedjew um die Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen in Russland nicht fürchten.**

Er spricht wie Wladimir Putin, kleidet sich wie Wladimir Putin und wird nach den Wahlen am 2. März dessen Nachfolge als Präsident Russlands antreten. Dmitrij Medwedjews gesamte Karriere beruht auf der engen Zusammenarbeit mit dem Mann, der die vergangenen acht Jahre entscheidend geprägt und ihn als Kronprinzen auserkoren hat. In den Neunzigerjahren machte sich Medwedjew in der St. Petersburger Stadtverwaltung verdient, später wechselte er in Putins Präsidentschaftsverwaltung nach Moskau und übernahm schließlich den Posten des Vizepremierministers. Seit Juni 2000 ist er Vorstandsvorsitzender des russischen Gasmonopolisten Gazprom.

Prognosen gehen davon aus, dass Medwedjew mit über 70 Prozent der Stimmen rechnen kann. Seine ebenso erfahrenen wie chancenlosen Kon-

kurrenten, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei KPRF, Gennadij Sjuganow, und Wladimir Schirinowski von der rechtspopulistischen Liberal-demokratischen Partei, werden sich voraussichtlich mit maximal 15 Prozent beziehungsweise elf Prozent zufrieden geben müssen. Andrej Bogdanow von der unbedeutenden Demokratischen Partei Russlands, der vierte Kandidat, wird als absoluter Außenseiter betrachtet. Er kann sich freuen, wenn er mehr als ein Prozent der Stimmen erhält. Aber immerhin darf er an dem Prozedere überhaupt teilnehmen, manch ein Oppositionskandidat dagegen scheiterte bereits an der Wahlkommission. Sie verwehrte dem ehemaligen russischen Ministerpräsidenten Michail Kasjanow die Teilnahme wegen angeblich gefälschter Unterschriftenlisten für die Zulassung zu den Wahlen.

Medwedjew kündigte an, dass zu seinen obersten Prioritäten die Schaffung eines von der Exekutive und Legislative unabhängigen Justizwesens gehört. Die Bestellung unrechtmäßiger Urteile per Anruf und gegen Geld will

er „ausmerzen“ und die Haftbedingungen in russischen Gefängnissen verbessern. In Kurzform lässt sich sein Wahlprogramm so zusammenfassen: Institution, Infrastruktur und Investition. Neben einer Justizreform verspricht er Steuersenkungen, den Aufbau eines soliden Finanzsystems, das den Rubel als internationale Reservewährung etabliert, die Modernisierung der Infrastruktur, den Abbau administrativer Barrieren in der Bürokratie und „innovative“ soziale Entwicklungsprogramme.

**Putin ist nicht gewillt, mit dem wichtigsten Staatsamt auch seine Macht aufzugeben.**

Derweil reist er quer durchs Land, besucht er Krankenhäuser und Kindergärten und trifft sich mit Arbeitskollektiven. Eine Wahlkampf tour kann man das eigentlich nicht nennen, denn kämpfen muss Medwedjew um die Präsidentschaft nicht. Doch er

kann sich ein realistischeres Bild von den Zuständen in den Regionen verschaffen, als es die geschönten Berichte aus der Putinschen Bürokratie vermitteln - und er kann seine Popularität steigern.

Zum Abschluss seiner Rundreise erwartet den designierten Präsidenten in Nizhnij Nowgorod ein grandioses Jubelforum seiner Anhänger. Präsidententreue Jugendorganisationen, die in Anlehnung an Medwedjews Nachnamen - Medwed bedeutet „Bär“ - die „kleinen Bären“ getauft wurden, sorgen für publikumsträchtige Aktionen. Man kennt das alles schon von Wladimir Putin und wundert sich nicht. Der neue Präsident ersetzt den alten ohnehin nur deswegen, weil die Verfassung eine dritte Amtszeit in Folge verbietet. Nun soll Medwedjew die Politik Putins weiterführen.

Dass Putins Wahl auf den 42jährigen Medwedjew fiel und nicht, wie es lange Zeit den Anschein hatte, auf den ehemaligen Geheimdienstler und Verteidigungsminister Sergej Iwanow, wurde im Westen mit Erleichterung aufgenommen. Medwedjew gehörte

FOTO: REVOLVER77 / FLICKR



Ein Putin teilt sich nicht  
in zwei - oder doch?  
Nicht nur in Russland  
beobachtet man mit Spannung,  
ob Präsidentschaftskandidat  
Dmitrij Medwedjew willens  
und fähig ist, sich von  
seinem politischen Ziehvater  
zu emanzipieren.

nie dem Sicherheitsapparat an und präsentiert sich im Unterschied zu Iwanow als freundlicher und gemäßigter Liberaler. Äußerungen wie „Freiheit ist besser als Unfreiheit“ weckten gar die Hoffnung, Medwedjews Präsidentschaft könnte eine politische Liberalisierung einleiten. Allerdings dürften die Rahmenbedingungen dem kaum förderlich sein.

Putin ist nicht gewillt, mit dem wichtigsten Staatsamt seine Macht aufzugeben. Er bekräftigte seine Bereitschaft, den Posten des Premierministers zu übernehmen, der derzeitige Amtsinhaber Wiktor Zubkow wiederum kam als Vorstandsvorsitzender für Gazprom anstelle von Medwedjew ins Gespräch. Möglicherweise soll Medwedjew nur für eine Übergangsperiode amtieren, um den Bestimmungen der Verfassung Genüge zu tun, dann aber seinen Platz wieder für Putin räumen. Ob es dazu kommt, wird sowohl von Medwedjews Willen und Fähigkeit abhängen, sich von Putin zu emanzipieren, als auch von Putins Plänen und seinem weiteren Vorgehen als Premierminister.

Bislang war der Premierminister kaum mehr als ein Befehlsempfänger, der die Politik des Präsidenten auszuführen hatte. Noch scheint es schwer vorstellbar, dass Putin sich seinem Schützling unterordnet. Um seine Position zu stärken, beeilt sich Medwedjew schon vor seinem Amtsantritt, ihm nahestehende Personen aus seinen Petersburger Studienjahren in den Kreml zu holen. Während seiner Moskauer Zeit gelang es ihm aber auch, Rückhalt in der Generalstaatsanwaltschaft, im Inlandsgeheimdienst FSB und im Innenministerium zu gewinnen. Den wird er bitter nötig haben, denn die meisten „Silowiki“, die dem Sicherheitsapparat entstammenden Kader im Kreml, befürworteten eine Präsidentschaft Wiktor Zubkows und mussten mit der Ernennung ihres faktischen Gegenspielers zumindest vorübergehend eine Niederlage hinnehmen.

Putin hinterlässt nicht nur einen Staatsapparat, in dem rivalisierende Fraktionen weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit regieren, sondern eine ganze Reihe weiterer

schwerwiegender Probleme. Für die Steigerung der Popularität des neuen Präsidenten bedarf es nicht der Entfesselung eines „kleinen siegreichen Kriegs“, wie 1999, als die Machtübergabe von Boris Jelzin an Wladimir Putin durch den Beginn des zweiten Tschetschenien-Kriegs und Terroranschläge auf Wohnhäuser in Moskau und Wolgodonsk eingeleitet wurde. Der bewaffnete Konflikt in Tschetschenien ist formal beigelegt. In der einst abtrünnigen Republik hat sich eine autoritäre Führung etabliert, und im Flachland finden längst keine bewaffneten Kämpfe mehr statt. Doch in den Berggebieten gibt es weiterhin Guerilleros, und der Konflikt hat sich längst auf den gesamten Nordkaukasus ausgeweitet.

Putin übernahm die Regierung nach der Wirtschaftskrise von 1998. Derzeit profitiert Russland vom hohen Ölpreis, das Wirtschaftswachstum betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich sieben Prozent. Doch die Inflationsrate steigt, die Korruption wuchs in den vergangenen Jahren weiter an, und jenseits

des Energiesektors ist die industrielle Entwicklung dürftig. Ungeachtet aller Probleme werden der Einfluss der staatlich kontrollierten Medien und diverse Methoden der Manipulation genügen, um Medwedjews Wahl zu sichern. Manche Wähler unterstützen ihn tatsächlich, andere akzeptieren das Unvermeidliche. Die zahlreichen Aufrufe zum Wahlboykott, die, anders als sonst, nicht nur von marginalisierten politischen Gruppen getragen werden, sondern beispielsweise auch von wenig politisierten Bürgerinitiativen gegen illegale Bauvorhaben, werden wohl kaum Wirkung zeigen. Sie relativieren jedoch das weit verbreitete Bild von der russischen Passivität.

Ute Weinmann arbeitet als freie Journalistin und lebt in Moskau.